



Foto: dpa/Tiri

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 1. Oktober 2013

68. Jahrgang/Nr. 229 • Bundesausgabe 1,60 €, Auslandspreis 1,90 €

STANDPUNKT

Präsidiale Pflegestufe

Von Uwe Kalbe

Nun lernen die Bundesbürger endlich, dass das Amt ihres Staatsoberhauptes kein Zucker-schlecken ist. Nicht jeder weiß, dass jenes emsige Repräsentieren, dessen Mühsal die Behördensprache mit dem Wort »Staatspflege« abbildet, Arbeit bedeutet. Immerhin hat auch Joachim Gauck es offenbar erst lernen müssen. Dass er jetzt zuweilen überfordert, geradezu konsterniert über die Fülle der Aufgaben ist, die ihm seine Vorgänger in Gestalt von geplanten Terminen und Reisen hinterlassen haben, wird kurz vor der geplanten Vorstellung seiner Biografie schon mal in die Öffentlichkeit geraunt. So dass über deren Verkaufserfolg spätestens jetzt kein Zweifel mehr bestehen dürfte. Nachdem erste delikate Details über Gaucks angebliche Bisexualität sowie die Flirtqualitäten des Präsidenten ausgeplaudert sind, kann man sicher sein, dass mit Gauck wenigstens eine Pflegekraft des Landes die nötige Würdigung ihrer Arbeit erfahren wird.

Der Bürger mag seinen Teil dabei lernen. Doch wenigstens Grünen und SPD sollte die Geschichte ein wenig peinlich sein. Sie waren es, die Joachim Gauck zum Bundespräsidenten vorschlugen und an seiner Wahl gar die demokratischen Qualitäten der Linkspartei messen wollten. Es ist zu früh, die Amtsführung des Präsidenten zu bewerten. Gespräche über die nächste Regierung, zu denen er die unschlüssigen Parteichefs lädt, schaden sicher nicht. Zu viel sollte man aber nicht erwarten. Vielleicht erhalten SPD und Grüne ja eine Pflegestufe.

Unten links

Kaum hat das Gerücht die Runde gemacht, der **Bundespräsident** könnte seinen Aufgaben rein physisch nicht gewachsen sein, da zeigt er es allen. Noch bevor die großen Parteien – von der Bundestagswahl noch leicht mitgenommen – sich zu irgendwelchen Gesprächen treffen, müssen die Vorsitzenden im Schloss Bellevue antanzen. Der Präsident ist voll da, lernen wir daraus; neben Botschafterbeglaubigungen und Vernissagen hat er noch Kraft, die politischen Verhältnisse zu sortieren. Aber Vorsicht: Chefhirsche – und ein solcher ist der Präsident zweifellos – werden von ihrem anstrengenden Dominanzgehabe ausgezehrt, fanden Wiener Wissenschaftler heraus. Die Chefs haben zwar »Vorrang an den Futterplätzen«, aber eben auch einen gesteigerten Energiebedarf. Insofern wollen wir die Nachricht, der Präsident könne angeblich nicht in dem Tempo und mit der Intensität wie bisher weiter arbeiten, durchaus ernst nehmen. Bürger, schickt dem Präsidenten Fresspakete! *wh*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



Parteichefs bei Gauck zur Reihenuntersuchung

Bundespräsident führt Gespräche vor Beginn der Regierungs-Sondierungen



Berlin (nd). Bevor die Spitzen von CDU/CSU und SPD sich am Freitag zu ersten Sondierungsgesprächen treffen, will sie der Bundespräsident ins Gebet nehmen. Joachim Gauck hat die Parteien eingeladen und am Montag das Auftaktgespräch mit CDU-Chefin Angela Merkel geführt. Es handele sich dabei um ein »ganz normales Verfahren«, erklärte Gauck dazu, denn er müsse sich darüber informieren, »was die Parteien vorhaben«. Ob er im Dialog mit Merkel mehr erfahren hat, als er dem Wahlprogramm der CDU und dem präsidentialen Zeitungsausschnittsdienst entnehmen konnte, wurde nicht mitgeteilt. Auch die weiteren Gespräche mit SPD-Chef Sigmar Gabriel am heutigen Dienstag, der Linkspartei-Führung am Mittwoch sowie danach mit Grünen

und CSU werden der Vertraulichkeit unterliegen. Protokollarisch exakt wird dabei das Ergebnis der Bundestagswahl eingehalten. In die erste Sondierungsrunde ab Freitagmittag geht die Union mit einer vierzehnköpfigen Delegation; die SPD hat bisher sieben Unterhändler nominiert. Was aussieht wie die Widerspiegelung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse, ist wohl vor allem den Sondierungswünschen der CSU geschuldet. Auch die Grünen sollen zu Sondierungsgesprächen eingeladen werden und wollen diese Einladung laut Parteichef Cem Özdemir »selbstverständlich annehmen«. Allerdings werde man sich nicht gegen die SPD ausspielen lassen. Deren Generalsekretärin Andrea Nahles rechnet damit, dass die derzeitige Bundesre-

gierung noch längere Zeit amtiert. Es könne langwierige Verhandlungen geben, in deren Ergebnis eine Regierungsbildung womöglich erst im Dezember oder Januar zustande komme, sagte Nahles. Wie schwierig das wird, ließ Nahles' CDU-Amtskollege Hermann Gröhe durchblicken. Man wolle mit der SPD über Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Eurostabilität reden und ihren Verhandlungswillen ausloten, sagte Gröhe; gleichzeitig erteilte er aber den Forderungen der Opposition nach höheren Spitzensteuersätzen eine Absage. Um Personalfragen soll es zunächst ausdrücklich nicht gehen. Dennoch forderte der Sozialdemokrat Klaus Wiesehegel bereits ungerührt das Arbeitsministerium für sich. *Seiten 2 und 4*
Foto: dpa/Julian Sternschulte

Erdogans Kopftuchreform

Türkischer Ministerpräsident kündigt Demokratisierungspaket an

Von Jan Keetman

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat am Montag in Ankara eine Reihe von Reformen angekündigt. Es geht um den Gebrauch der kurdischen Sprache, den Kurdischunterricht in den Schulen und nicht zuletzt: das Kopftuch.

Als Antwort auf die Drohung der Arbeiterpartei Kurdistans, den Friedensprozess zu beenden, hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ein Demokratisierungspaket verkündet, das vor allem die Freiheit, ein Kopftuch zu tragen, verteidigt. Laut Erdogan soll ein Straftatbestand geschaffen werden, wonach jeder, der jemanden daran hindert, eine religiöse Pflicht zu erfüllen, mit mindestens einem Jahr und maximal drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

Damit ließen sich zum Beispiel Arbeitgeber vor Gericht bringen, die ihre Angestellten am Tragen eines Kopftuches oder am täglich fünfmaligen Gebet hindern. Erdogan ging mit gutem Beispiel voran und verkündete das Ende des von Staatsgründer Atatürk in den 30er Jahren eingeführten Kopftuchverbotes für Beamtinnen. Eine Ausnahme bilden Richterinnen, Staatsanwältinnen, Polizistinnen und Soldatinnen. Auch an öffentlichen Schulen bleibt das Kopftuchverbot außerhalb des Wahlfaches Koran-kunde in Kraft. Schrittweise waren Kopftuchverbote bereits in manchen Bereichen, insbesondere an den Universitäten gefallen. Türkinen mit mehr säkularem oder alevitischem Hintergrund befürchten, dass angesichts der Durchdringung des Staates mit

Anhängern von Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung auf das Verbot nun eine informelle Kopftuchpflicht folgen könnte. Auch dass nun Gerichte entscheiden, was als religiöse Pflicht anzusehen ist, dürfte als weitere Aushöhlung des von Atatürk eingeführten Prinzips des laizistischen Staates gesehen werden. Außerdem verkündete Erdogan mehr Freiheiten beim Gebrauch anderer Sprachen als Türkisch. So soll das Verbot von nichttürkischen Buchstaben fallen. Demnach könnten in Zukunft im offiziellen Schriftverkehr und in Namen auch die Buchstaben Q, W und X gebraucht werden, die im Kurdischen, aber nicht im Türkischen vorkommen. Ankündigt wurde weiterhin die Rückgabe von Land zugunsten des christlichen Klosters Mor Gabriel.

Äußerst vage blieb Erdogan dagegen bei der wichtigsten Reform, der Abschaffung der Zehn-Prozent-Hürde, die seiner Partei bei Wahlen erhebliche Vorteile bringt. Erdogan kündigte nur eine Diskussion über drei Varianten an, von denen eine die Beibehaltung der jetzigen Regelung ist. Die Vorsitzende der kurdischen Partei des Friedens und der Demokratie, Gültan Kisanak, kritisierte Erdogans Paket scharf. Die Opposition von der Republikanischen Volkspartei (CHP) hatte es nicht so eilig. Ihr Vorsitzender Kemal Kilicdaroglu kündigte eine Antwort auf das Reformpaket erst für diesen Dienstag an. Die in der Kopftuchfrage einst beiharte CHP versucht in jüngster Zeit leiser aufzutreten, weil ihre Haltung von immer weniger Wählerinnen geteilt wird.

Uni prüft Vorwürfe gegen Steinmeiers Doktorarbeit

Wurde die Plagiatsprüfung vom »Focus« bestellt?

Berlin/Gießen (nd). Die Justus-Liebig-Universität Gießen hat angekündigt, die 1991 eingereichte juristische Doktorarbeit von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier auf Plagiate zu überprüfen. Am Freitag sei eine »Computer-generierte E-Mail« eingegangen, deren Anlage »einen sogenannten Prüfbericht per Computeranalyse enthält und darüber informiert, dass in der Dissertation von Dr. Frank-Walter Steinmeier Plagiatsindizien gefunden worden seien«, so die Uni.

Diesen Vorwürfen will man nun »im Rahmen ihrer bewährten standardisierten Verfahren zur Sicherung der guten wissenschaftlichen Praxis« nachgehen. Zunächst solle eine »Ombudsperson« eine »Vorprüfung« unternehmen, anschließend werde die Uni-eigene »Kommission zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis mit dem Abschluss des Verfahrens betraut« – in Zusammenarbeit mit dem Promotionsausschuss der juristischen Fakultät, an der Steinmeier seine Doktorarbeit über die rechtliche Stellung von Obdachlosigkeit abgefasst hatte.

Über »die Ergebnisse der einzelnen Schritte« werde man die Öffentlichkeit beizeiten unterrichten, hieß es an der Uni. Die Prüfung soll einige Wochen dauern.

Erhoben werden die Vorwürfe von Uwe Kamenz, einem Fachhochschulprofessor aus Dortmund, der zugleich in Münster die Agentur »Institut für Internet Marketing« unterhält. Ihm zufolge ist Steinmeiers Dissertation von zahlreichen verdächtigen Stellen durchzogen. Laut Medienberichten spricht dagegen der Berliner Juraprofessor Gerhard Dannemann, der einen Prüf-Zwischenbericht von Kamenz einsehen konnte, von »lässlichen Stünden«.

Unklar ist, inwieweit die Untersuchung womöglich von der Wochenschrift »Focus« bestellt wurde. Medien gegenüber hatte Kamenz dies angedeutet. Der »Focus« habe daher ein Erstveröffentlichungsrecht gehabt. *Seite 5*

KURZ

Ertrunkene Flüchtlinge

Rom (dpa). Mindestens 13 Bootsflüchtlinge sind laut Medienberichten vor der italienischen Küste ertrunken. Ihr Schiff strandete am Montag vor Sizilien, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Daraufhin versuchten die rund 200 Menschen an Bord, zur Küste zu schwimmen.

Yad Vashem ehrt Ägypter

Jerusalem (epd). Zum ersten Mal hat die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einen Ägypter als »Gerechten unter den Völkern« geehrt. Mohamed Helmy erhalte diese Auszeichnung postum, teilte die Gedenkstätte am Montag mit. Der damals in Berlin lebende Arzt habe 1942 die Jüdin Anna Boros versteckt und ihr bis zum Kriegsende Unterschlupf geboten.

Spanien mit neuen Schulden

Madrid (dpa). Spanien häuft trotz der Sparpolitik der Regierung von Mariano Rajoy neue Schulden an. Nach dem Haushaltsentwurf für 2014 wird der Schuldenberg des Staates bis Ende des kommenden Jahres den Wert von einer Billion Euro überschreiten.

Sieg für CDU in Essen

Essen (dpa). Das Direktmandat im hartumkämpften Wahlkreis Essen III bleibt bei der CDU. Der Kandidat Matthias Hauer konnte bei der Neuauszählung der Stimmen seinen Vorsprung auf die SPD-Kandidatin Petra Hinz ausbauen. Hauer kommt nun auf 93 Stimmen mehr als Hinz, wie der Kreiswahlausschuss am Montag feststellte.